

## Niederschrift

### über die 24. Sitzung des Stadtrates der Stadt Aken (Elbe) vom 08.12.2016 im Sitzungssaal des Rathauses, Markt 11, 06385 Aken (Elbe)

---

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 21.16 Uhr

#### Anwesend:

1.	Bahn, Jan-Hendrik	Bürgermeister
2.	Krone, Stefan	SPD
3.	Gregor, Marko	SPD
4.	Ganzert, Hilmar	SPD
5.	Hummel, Klaus	SPD
6.	Schmidt, Matthias	SPD
7.	Kiel, Michael	SPD
8.	Herrmann, Nadine	SPD
9.	Heilmann, Dieter	SPD
10.	Reinicke, Marcus	SPD
11.	Merkel, Sigfried	SPD
12.	Hauptvogel, Dorothea	CDU
13.	Reinke, Oliver	CDU
14.	Schwalenberg, Patrick	CDU
15.	Schulze, Heike	CDU
16.	Reinicke, Sigrid	Die Linke
17.	Reinicke, Elisabeth	Die Linke
18.	Dr. Seibt, Lothar	FDP

#### Entschuldigt:

1.	Reza, Thomas	CDU
2.	Hinze, Kathrin	Die Linke
3.	Bonke, Michael	SPD

#### Bestätigte Tagesordnung:

##### A Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit
2. Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung – öffentlicher Teil
3. Bericht des Vorsitzenden des Stadtrates und Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen
4. Bericht der Vorsitzenden der Ausschüsse
5. Bericht des Bürgermeisters als Vorsitzender von Ausschüssen und über wichtige Angelegenheiten der Stadt sowie Eilentscheidungen
6. Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher Sitzung

- 6.1 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zur Deckung des nachzuzahlenden Entgelts für die Monate Juni bis Oktober 2016 für die Kindertagesstätte „Bummi“ in Höhe von 11.776,11 €
- 6.2 Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zur Deckung des nachzuzahlenden Entgelts für die Monate Juni bis Oktober 2016 für die Kindertagesstätte „Lebensfreude“ in Höhe von 49.805,11 €
- 6.3 Erörterung des Beteiligungsberichtes
- 6.4 Konsolidierungsprogramm 2017
- 6.5 Beschluss des Haushaltsplanes 2017 und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017
- 6.6 *Informationsvorlage*  
Stand der Vorbereitungen des Breitbandausbaus in Aken (Elbe)
- 6.7 *Informationsvorlage*  
Übersicht über den Stand der Haushaltsausführung per 31.10.2016

- 7. Anfragen und Anregungen
- 8. Einwohnerfragestunde
- 9. Schließung der Sitzung

## A Öffentliche Sitzung

### TOP 1

#### **Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Ladung und der Beschlussfähigkeit**

Der Vorsitzende des Stadtrates, Herr K r o n e, begrüßte alle Anwesenden zur 24. Sitzung des Stadtrates und wies die Anwesenden auf die tontechnische Aufzeichnung der Stadtratssitzung zum Zwecke der Erstellung der Niederschrift hin. Nach erfolgter Feststellung der Niederschrift wird diese wieder gelöscht.

Da die Ladung den Stadträten fristgerecht zugegangen war und keiner die Ordnungsmäßigkeit rügte, wurden die Ordnungsmäßigkeit der Ladung sowie die Beschlussfähigkeit bei Anwesenheit von 17 Stadträten plus Bürgermeister festgestellt.

## **TOP 2**

### **Entscheidung über Änderungsanträge zur Tagesordnung und Feststellung der Tagesordnung- öffentlicher Teil -**

Änderungen, Ergänzungen oder Einwände zur Tagesordnung – öffentlicher Teil – wurden nicht vorgebracht, sie wurde **einstimmig** bestätigt.

## **TOP 3**

### **Bericht des Vorsitzenden des Stadtrates und Bekanntgabe amtlicher Mitteilungen**

Der Vorsitzende führt aus, dass er seinen Bericht in der nächsten Stadtratssitzung halten wird. Ungeachtet dessen ist dies die letzte Stadtratssitzung im Jahr 2016, so dass er sich bei allen Stadtratsmitgliedern für ihre Tätigkeit bedanken möchte. Es war kein einfaches Jahr, in dem teilweise schwere Entscheidungen zu treffen waren, welche aus seiner Sicht mit Bravour gemeistert wurden. Das Jahr 2017 wird genauso spannend. Der Haushalt für das kommende Jahr liegt jedem Stadtratsmitglied als Vorlage vor.

Ebenso wurde jedem Stadtratsmitglied der Sitzungsplan für das kommende Jahr überreicht. Hier fehlt lediglich ein eventueller Vergabestadtrat am 26.01.2017.

Darüber hinaus wurde mit der Einladung der 3. Änderungsnachweis, den Burglehn betreffend, übersandt.

## **TOP 4**

### **Bericht der Vorsitzenden der Ausschüsse**

## **TOP 5**

### **Bericht des Bürgermeisters als Vorsitzender von Ausschüssen und über wichtige Angelegenheiten der Stadt sowie Eilentscheidungen**

Der Bürgermeister betont, dass ein sehr guter Haushalt für das Jahr 2017 vor allen liegt. Durch das Haushaltssicherungskonzept, die höheren Schlüsselzuweisungen und die geringere Kreisumlage beläuft sich das Defizit lediglich noch auf € 40.600,00. Er bedankt sich bei allen Ausschussmitgliedern für die rege Diskussion sowie die Nachfragen zum Haushalt für das Jahr 2017.

Ergänzend stellt der Bürgermeister klar, dass die Hochwassermaßnahmen, entgegen den Aussagen des Stadtratsmitgliedes Herrn Hummel im Haushalts- und Finanzausschuss, nicht bis 2020 abgearbeitet werden müssen. Zur angebrachten Kritik, dass die Hochwassermaßnahmen nicht so abgearbeitet werden, wie sie sollen, führt der Bürgermeister aus, dass seitens des Bauamtes bis zum 30.06.2016 97 Fördermittelanträge gestellt wurden, welche zwischenzeitlich mit einer 100 %igen Förderung beschieden wurden. Darüber hinaus wurden in 2016 7,5 Millionen Euro Fördermittel abgerufen und baulich umgesetzt. Er dankte in diesem Zusammenhang dem Bauamt für ihre hervorragende Arbeit.

Auf die Ausführungen des Herrn Dr. Seibt im Haushalts- und Finanzausschuss, der personellen Situation nicht rechtzeitig entgegengesteuert zu haben, erwidert der Bürgermeister, dass er sich bereits seit seinem Amtsantritt im Jahre 2015 mit den

Fördermöglichkeiten beschäftigte und im Ergebnis für den Projektsteuerer eine Bewilligung über 1.326 Millionen Euro vorliegt. Dies entspricht 2.210 Ingenieurtagen, d.h. 2 vollbeschäftigte Einheiten für 5 Jahre. Insofern hat er aus seiner Sicht alles Menschen mögliche getan, um der personellen Situation entgegenwirken.

Darüber hinaus zeigt sich der Bürgermeister enttäuscht, dass bestimmte Projekte, wie zum Beispiel die Kneippanlage, der Bootsanleger, das Haus der Vereine, ein Grillplatz, verschoben wurden. Er hätte die Projekte gern in 2017 in Angriff genommen und in Absprache mit dem Bauamt wäre dies personell auch machbar gewesen. Jedoch freut er sich auf die intensive Diskussion in 2017 und hofft, dass die Projekte in 2018 umgesetzt werden.

Des Weiteren findet der Bürgermeister es schade, dass der Punkt Konzessionsvergabe abgesetzt wurde. Die Stadt Aken ist hier in einer einmaligen Position, die Konzessionsvergabe neu zu gestalten, um finanzielle Mehrwerte zu schaffen. Es liegt jetzt die Grobanalyse der Wirtschaftsprüfer Göken, Pollack und Partner vor. Aus dieser Grobanalyse geht eindeutig hervor, dass eine Netzübernahme nicht empfohlen wird; jedoch könnte der Abschluss eines Pachtmodells weitere finanzielle Mehrwerte für die Stadt Aken bringen, so dass dieses empfohlen wird.

Der Bürgermeister möchte den Punkt der Konzessionsvergabe gern aufnehmen und sich auf der Basis des Gutachtens in die Diskussion begeben. Er denkt, dass es richtig ist, sich wenigstens die Optionen anzuschauen.

Abschließend führt der Bürgermeister aus, dass ein toller Haushalt 2017 vor allen Stadträten liegt und er auf dessen Zustimmung hofft. In diesem Zusammenhang bedankt sich der Bürgermeister bei allen Stadträten für die gute Zusammenarbeit in 2016 und schaut rückblickend nochmals auf die Höhepunkte in diesem Jahr, wie die Wirtschafts- und Berufsfindungsmesse, den Elbrädeltag, die Neuausrichtung des Stadtfestes, 25 Jahre Städtepartnerschaft Erwitte – Aken, das Sportfest.

## **TOP 6**

### **Behandlung der Tagesordnungspunkte in öffentlicher Sitzung**

#### **TOP 6.1**

**Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zur Deckung des nachzuzahlenden Entgelts für die Monate Juni bis Oktober 2016 für die Kindertagesstätte „Bummi“ in Höhe von 11.776,11 €**

#### **Abstimmungsergebnis Beschluss-Nr. 247-24./16:**

Der Stadtrat genehmigt **einstimmig** die überplanmäßigen Ausgabe auf der Haushaltsstelle 36502.529100/ 729100 in Höhe von 11.776,11 € zur Deckung des zu nachzuzahlenden Entgelts für die Monate Juni bis Oktober 2016 für die Kindertagesstätte „Bummi“.

## **TOP 6.2**

**Antrag auf Genehmigung einer überplanmäßigen Ausgabe zur Deckung des nachzuzahlenden Entgelts für die Monate Juni bis Oktober 2016 für die Kindertagesstätte „Lebensfreude“ in Höhe von 49.805,11 €**

### **Abstimmungsergebnis Beschluss-Nr. 248-24./16:**

Der Stadtrat genehmigt **e i n s t i m m i g** die überplanmäßige Ausgabe auf der Haushaltsstelle 36503.529100/ 729100 in Höhe von 49.805,11 € zur Deckung des zu nachzuzahlenden Entgelts für die Monate Juni bis Oktober 2016 für die Kindertagesstätte „Lebensfreude“.

## **TOP 6.3**

### **Erörterung des Beteiligungsberichtes**

Herr Dr. Seibt hinterfragt, ob es richtig ist, dass Herr Schindler zum 21.08.2015 abberufen wurde und Herr Müller bereits zum 21.05.2015 als sachkundiger Dritte in den Aufsichtsrat entsandt wurde.

*Information aus der Verwaltung:*

*In der 9. Sitzung des Stadtrates am 21.05.2015 wurde Herr Schindler mit Wirkung vom 31.08.2015 aus den Aufsichtsrat des Hafenbetriebes der Stadt Aken abberufen. Darüber hinaus wurde Herr Müller ebenfalls in der 9. Sitzung des Stadtrates ab dem 01.09.2015 in den Aufsichtsrat der Hafenbetrieb Aken GmbH entsandt. Der Beschluss des Stadtrates trägt die Beschluss Nr. 76-09/15. Insoweit handelt es sich in dem Beteiligungsbericht um einen offensichtlichen Schreibfehler.*

Der Beteiligungsbericht wurde vom Stadtrat erörtert.

## **TOP 6.4**

### **Konsolidierungsprogramm 2017**

Der Vorsitzende erläutert den Sachverhalt.

**Herr Marko Gregor** führt im Namen der gesamten SPD-Fraktion aus, dass der Haushaltsentwurf umfassend diskutiert und ausgewertet wurde. Seiner Meinung nach ist der Haushalt für 2017 sehr positiv, die Tendenz geht weiter in Richtung der schwarzen Null. Insoweit kann er sich den Worten des Bürgermeisters nur anschließen.

Dennoch sieht er einige Punkte des Konsolidierungsprogrammes als problematisch an, wie z.B. die Gewinnabführung der Hafenbetrieb Aken GmbH mit möglichen weiteren Potenzialen sowie die Veräußerung / Vermietung / Verpachtung von Vermögen. Diese Themen sind nicht uninteressant und sollten auch weiter verfolgt werden, jedoch sieht Herr Gregor Probleme, dem in der derzeitigen Fassung vorliegenden Konsolidierungsprogramm zuzustimmen.

Er begründet dies damit, dass der momentan gültige Gesellschaftsvertrag der Hafenbetrieb Aken GmbH keine Gewinnabschöpfung zulässt und insoweit geändert werden müsste. Dann wäre aus seiner Sicht auch klar zu definieren, wie diese Gewinnabschöpfung auszusehen hat (prozentual von jedem Euro Gewinn oder alles, was über eine festgelegte Summe hinausgeht). Die Verkaufspotentiale sind ebenfalls eine unbestimmte Größe, da hier noch keine Verträge unterzeichnet sind, es sei denn, die Verwaltung kann Zahlen vorlegen.

Abschließend verweist Herr Gregor darauf, dass mit dem Beschluss des Konsolidierungsprogrammes eine Bindungswirkung entsteht, d.h., alles das, was dort verankert ist, muss umgesetzt werden.

Insoweit stellt Herr Gregor den Antrag,

dem Konsolidierungsprogramm nur in den Punkten I Stufen 2 und 3, Punkt 2 Stufe 1, Punkt VI Stufe 1 und Punkt VIII Stufe 4 zuzustimmen.

Aus seiner Sicht lehnt sich das Konsolidierungsprogramm an die Vorjahre an, so dass er keine Probleme seitens der Kommunalaufsicht sieht, den Haushalt zu genehmigen.

Der Bürgermeister führt hierzu aus, dass das jetzige Konsolidierungsprogramm in Stufen aufgestellt ist, um genau aufzeigen zu können, was davon umgesetzt wurde. Er möchte auch zukünftig an dieser Struktur festhalten. Die Stufen I bis VIII zeigen eine Kostenoptimierung, wodurch ein stabiler Haushalt aufgezeigt und der Liquiditätskredit weiter abgebaut wird. Hier wurde z.B. viel Zeit in das Projekt Photovoltaik investiert, aber immer unter dem Gesichtspunkt der Verpachtung an die entsprechenden Energieunternehmen. Die Dachflächen mussten analysiert werden und es liegt jetzt ein konkretes Angebot einer Firma vor, eine Gewerbefläche für € 493.000,00 zu erwerben. In dem Konsolidierungskonzept sind jedoch nur € 93.000,00 ausgewiesen, da nur dieser Betrag für die Haushaltskonsolidierung genutzt werden soll. Die verbleibenden € 400.000,00 sind ein mögliches weiteres Potential für Investitionen.

Ungeachtet dessen hält er die von der SPD-Fraktion angesprochenen Punkte für eine Konsolidierung als ausreichend an. Er hat die Hoffnung, dass damit die Kommunalaufsicht den Haushalt ohne weitere Auflagen genehmigt.

### **Antrag der SPD-Fraktion**

#### **Abstimmungsergebnis:**

Über den Antrag der SPD-Fraktion, dem Konsolidierungskonzept nur in den Punkten: I Stufe 2 und 3, II Stufe 1, VI Stufe 1 und VIII Stufe 4 zuzustimmen und den Rest aus dem Konsolidierungsprogramm zu streichen

**16 Ja-Stimmen und 2 Enthaltungen**

### **Abstimmungsergebnis Beschluss-Nr. 249-24./16:**

Der Stadtrat beschloss **einstimmig** das Konsolidierungsprogramm 2017 einschließlich der eingebrachten Änderungen.

## **TOP 6.5**

### **Beschluss des Haushaltsplanes 2017 und der Haushaltssatzung für das Haushaltsjahr 2017**

Der Vorsitzende führt aus, dass jedem Stadtratsmitglied eine dritte Ergänzung sowie die aktuelle Haushaltssatzung per 08.12.2016 vorliegen. Zur besseren Übersicht hat darüber hinaus jedes Stadtratsmitglied eine E-Mail erhalten, in der die Empfehlungen jedes Ausschusses zum Haushalt erfasst wurden. Dieses Dokument liegt jedem heute auch in Papierform vor.

Der Vorsitzende schlägt vor, die Empfehlungen aus den Ausschüssen strukturiert abzuarbeiten und zu beschließen. Im Anschluss erhalten die Fraktionen nochmals Gelegenheit, Stellung zu nehmen bzw. Anträge zu stellen, so dass letztendlich über den Gesamthaushalt abgestimmt wird. Gegen diese Verfahrensweise gibt es keine Einwände.

#### **1. Verfügungsmitteln des Bürgermeisters**

Ergebnis aus dem SSKS:

3 Ja-Stimmen und 3 Enthaltungen

Ergebnis aus dem Hauptausschuss:

2 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen

Damit liegt der aktuelle Planansatz bei € 1.800,00. Hierzu erfolgen keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen**

#### **2. Konzessionsvergabe**

*Vorbericht mit Auswirkung auf das Produkt 53100, Konten 529100 und 729100:*

Die Mittel in Höhe von € 50.000,00 für Beratungsleistungen werden auf € 25.000,00 reduziert. Die Verwendung soll ausschließlich zur Beratung der Konzessionsvergabe und nicht zum Rückkauf des städtischen Energienetzes verwendet werden. Der zweite Halbsatz „kontra Rückkauf des städtischen Energienetzes“ wird gestrichen.

Produkt: 53100 = Elektrizitätsversorgung

Aufwendungen werden von € 50.000,00 auf € 25.000,00 gekürzt

Ergebnis aus dem Haushalts- und Finanzausschuss: einstimmig

Ergebnis aus dem Hauptausschuss: 5 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen

**Herr Oliver Reinke** bittet den Bürgermeister, zu dem Thema Konzessionsvergabe weitere Erläuterungen in Ergänzung seiner bisherigen Ausführungen zu geben.

**Der Bürgermeister** führt dazu aus:

Die Wirtschaftsprüfer Göken, Pollak & Partner fertigten auf der Basis der zur Verfügung gestellten Netzdaten eine Grobanalyse, um die unterschiedlichsten Optionen, die Konzessionsvergabe betreffend, zu prüfen. Die in den Ausschüssen bisher geführten Diskussionen beschäftigten sich immer mit zwei Extremen: zum einen dem Neuabschluss eines Konzessionsvertrages und zum anderen der Netzübernahme / der Netzbetrieb, ggf. auch mit einem privaten Dritten. Im Ergebnis stellen die Wirtschaftsprüfer fest, dass eine Netzübernahme, auch mit einem privaten Dritten, unter Beachtung der Risiken (Kaufpreis, Klageverfahren, Suche nach strategischen Partnern mit vorgelagertem Vergabeverfahren, fehlende Fachkenntnis) nicht empfohlen wird.

Die Empfehlung der Wirtschaftsprüfer zielt auf den Abschluss eines Pachtmodells, welches ein deutlich geringeres kaufmännisches als auch technisches Risiko mit sich bringt. Der Bürgermeister erläutert daraufhin die von den Wirtschaftsprüfern fixierten Ausführungen zum Pachtmodell einschließlich der Vorteile.

Abschließend führt der Bürgermeister aus, dass hier eine Stufe III dargestellt wird, die bisher so noch nicht betrachtet wurde. Aus seiner Sicht sollte man mit der Option des Pachtmodells in die Diskussion gehen, um hier die einmalige Chance für die Stadt Aken zu nutzen, ggf. weitergehende finanzielle Mehrwerte zu realisieren.

**Herr Klaus Hummel** erwidert, dass auch das Pachtmodell Risiken in sich bürgt und er deshalb an der Konzessionsvergabe festhält, zumal die Einnahmen dafür bekannt sind. Er betont, dass die Stadträte die Entscheidung zu treffen haben und diese auch vor den Bürgern der Stadt Aken vertreten müssen, nicht die Verwaltung. Herr Hummel stellt die Frage, ob die Verwaltung auch diese Entscheidung treffen würde, wenn sie persönlich dafür haften würde. Diese Fragestellung ist aus seiner Sicht sehr schwierig zu beantworten. Deshalb spricht er sich für eine Konzessionsvergabe ohne Risiko aus.

**Der Bürgermeister** führt in diesem Zusammenhang aus, welches große Unternehmen, wie z.B. die enviaM, das möglicherweise für die Verpachtung in Frage kommt, in den letzten Jahren Pleite gegangen ist. Der Bürgermeister betont, dass hier und heute keine Entscheidung zur Stromkonzession zu treffen ist, es soll lediglich die Option offen gehalten werden, das Für und Wider einer Verpachtung / Vergabe abzuwägen. Er findet den Ansatz der Verpachtung interessant, zumal ihn auch kleine Kommunen praktizieren. Der Bürgermeister möchte sich nicht die Chance entgehen lassen, die Möglichkeiten wenigstens abgeprüft zu haben.

**Der Vorsitzende** möchte nochmal klarstellen, dass sich der Planansatz über € 50.000,00 in zwei Bereiche gliedert, zum einen die Vergabe und zum anderen das Pachtmodell. Die angezeigte Reduzierung auf € 25.000,00 soll sich nur auf das Gutachten für die Vergabe beschränken. Insoweit stellt sich für ihn die Frage, ob die Möglichkeit besteht, wenn das Pachtmodell auf sicheren Füßen steht (ev. in ein oder zwei Jahren), darauf aufbauend eingebunden werden kann.

**Der Bürgermeister** erwidert, dass nur innerhalb der Konzessionsvergabe die Möglichkeiten bedacht werden können. Wenn der Konzessionsvertrag geschlossen wurde, ist keine Entscheidungsmöglichkeit mehr gegeben. Mit den € 25.000,00 ist erst einmal ein Ansatz gegeben, der für einen Rechtsanwalt, welcher das Verfahren begleitet, benötigt wird. Man muss sich hier nicht auf einen steifen Weg begeben, sondern es sollte der Prozess mit dem Pachtmodell wachsen und reifen.

**Herr Oliver Reinke** nimmt dazu wie folgt Stellung:

Im Bereich des öffentlichen Lebens ist es an vielen Stellen so, dass Gutachter einbezogen werden müssen. Es ist mehr als legitim, sich extern Informationen einzuholen, um Entscheidungsgrundlagen zu haben. Mit dieser Entscheidung, Informationen zu erhalten, führen wir der Stadt Aken keinen Schaden zu. Insofern kann er die Ausführungen des Bürgermeisters, mit Ausnahme der Renditen, nur unterstützen.

**Herr Klaus Hummel** warnt eindringlich, sich an ein Stromnetz heranzuwagen.

**Herr Marko Gregor** beantragt,

aufgrund des neuen Sachverhaltes die Sitzung für zwei bis drei Minuten zu unterbrechen.

Der Vorsitzende unterbricht auf Antrag der SPD-Fraktion die Sitzung für 3 Minuten.

Der Vorsitzende setzt die Sitzung fort.

**Herr Marko Gregor** bittet, das Gutachten der Wirtschaftsprüfer Göken, Pollak und Partner den Fraktionen zur Verfügung zu stellen, ggf. per E-Mail.

**Der Bürgermeister** sichert zu, das Gutachten den Fraktionen, selbstverständlich höchst vertraulich, per pdf-Datei zu übersenden.

**Herr Dr. Lothar Seibt** äußert, dass er sehr froh über die Empfehlung des Gutachters ist, keinen Netzbetrieb zu gründen. Mit diesem Gutachten wird ein neues Modell offeriert, welches der Bürgermeister interessant findet. Dieses sollte man sich auch anschauen und ggf. das Gutachten erweitern. Für ihn ist es kein Problem, die € 25.000,00 im Haushalt 2017 einzustellen.

Die stellvertretende Vorsitzende erteilt Herrn Stefan Krone das Wort:

Unter Beachtung der Auszeit der SPD-Fraktion stellt **Herr Stefan Krone** nachfolgenden Antrag:

Die Mittel in Höhe von € 50.000,00 für Beratungsleistungen werden auf € 25.000,00 reduziert und der Auftrag an den Gutachter wird insoweit erweitert, dass das Pachtmodell mit einbezogen wird.

Zu dem Antrag der SPD-Fraktion erfolgen keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis: 15 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 2 Enthaltungen**

### 3. Fallschutzmatten

Vorbericht des Stadtratsvorsitzenden:

Die Vorsitzende des SSKS, Frau Nadine Herrmann, stellte den Antrag, die für die Anschaffung der Fallschutzmatten in der Grundschule „Werner Nolopp“ benötigten Mittel über € 17.000,00 in den Haushalt für 2017 einzustellen.

Abstimmungsergebnis aus dem SSKS:

5 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung

Abstimmungsergebnis aus dem Hauptausschuss:

4 Ja-Stimmen, 4 Nein-Stimmen

Somit wurde der Antrag abgelehnt. Es werden keine Mittel für die Fallschutzmatten eingestellt.

**Herr Matthias Schmidt** stellt den Antrag,

erneut über den Antrag aus dem SSKS abzustimmen, d.h. in den Haushalt für das Jahr 2017 € 17.000,00 einzustellen.

Der Bürgermeister reflektiert das Abstimmungsergebnis aus dem Hauptausschuss. Hier haben sich die Mitglieder auf die Beurteilung von Herrn Reinke gestützt, der bereits Erfahrungen auf vielen Spielplätzen in Köthen sammeln konnte. Im Ergebnis weist der Fallschutzsand eine bessere Dämpfung auf, so dass schlussendlich der Sand eine viel bessere Qualität aufweist als die Matten. Die Sicherheit der Kinder steht an höchster Stelle, insoweit sollte auch bei dem Material auf die höchste Sicherheitsstufe gesetzt werden.

**Herr Marcus Reinicke** erwidert hierauf, dass sich sowohl der Kies aus mechanischen Gründen als auch der Sand unter dem Gesichtspunkt der Hygiene als ungeeignet herausgestellt haben. Der Spielplatz auf dem Gelände der Grundschule ist nicht mit einem normalen Spielplatz vergleichbar, wo man noch eine gewisse Strecke bis nach Hause zurücklegt, um ev. die Steine aus dem Schuhprofil zu verlieren. Die Kinder gehen direkt vom Spielplatz in ihre Schulräume zurück und schädigen mit ihren Schuhen den Fußboden. Um das Thema aus der Welt zu schaffen, kommen für ihn nur die Fallschutzmatten in Frage.

**Herr Michael Kiel** kann sich den Ausführungen von Herrn Reinicke nur anschließen und ist verwundert über die Argumentation des Bürgermeisters. Bei der Verwendung des Fallschutzkieses ist mit Folgekosten zu rechnen, da durch die Steine, die sich in den Schuhsohlen befinden, der Linoleum beschädigt wird. Kein Kind macht vor Betreten der Schule die Steine raus. Es sollte auch berücksichtigt werden, dass der Kies bei Minusgraden gefriert und sich Klumpen bilden. Herr Kiel hat dies vor kurzem beobachtet und auch, wie sich die Kinder damit beworfen haben. Insoweit befürwortet er den Antrag von Herrn Schmidt.

**Der Bürgermeister** stellt klar, dass Kies nicht mehr zur Debatte steht. Favorisiert wird jetzt der Sand, da dieser mit seinen Reinigungsstufen und einem ev. Austausch günstiger ist als die Matten mit deren Pflege und Austausch. Zudem hat der Sand für Kinder einen höheren Mehrwert als Spielefaktor und eine bessere Dämpfungseigenschaft als die Matten. Unter dem Gesichtspunkt der Wirtschaftlichkeit und der Dämpfungssicherungseigenschaft wird der Sand als die optimale Lösung angesehen.

**Der Vorsitzende** verweist auf den Antrag von Herrn Schmidt, der lautete, die Kosten für die Fallschutzmatten in den Haushalt aufzunehmen. Die Ausführungen zum Sand stellen einen völlig neuen Sachverhalt dar.

**Herr Oliver Reinke** stellt klar, dass die Fallschutzmatten geeignet sind, aus seiner Erfahrung heraus befürwortet er jedoch den Fallschutzkies.

**Abstimmungsergebnis: 12 Ja-Stimmen, 5 Gegenstimmen, 1 Enthaltung**

#### 4. Hochwassermaßnahmen

Vorbericht des Vorsitzenden:

Laut dem Dokument Hochwassermaßnahmen ist für die Realisierung der Hochwasserschadenbeseitigung ein Zeitraum bis 2021 vorgesehen. Es sollen alle Maßnahmen des Jahres 2021 auf das Jahr 2020 vorgezogen werden. Es handelt sich um € 427.100,00 Reparaturaufwand und € 389.900,00 Investition, als insgesamt € 817.000,00.

**Der Bürgermeister** führt dazu aus, dass, wie bereits gesagt, keine Zeitnot gegeben ist. Mit der Vorverlegung der Maßnahmen von 2021 auf 2020 schafft sich die Stadt Aken den zeitlichen Druck selber.

**Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen**

#### 5. Fußboden Hortleiterin

Vorbericht des Vorsitzenden:

Es soll kein Teppichboden sondern ein anderer Belag gewählt werden. Da aus vorangegangenen Fußbodenarbeiten in anderen Räumen die Erfahrung gemacht wurde, dass zuerst der Unterboden saniert werden müsste, soll die Bauverwaltung den Planansatz überprüfen und ggf. erhöhen.

Abstimmungsergebnis aus dem Haushalts- und Finanzausschuss:  
einstimmig

Abstimmungsergebnis aus dem Hauptausschuss:  
einstimmig

Wortmeldungen:

**Herr Oliver Reinke** hinterfragt, um welchen Betrag der Kostenansatz erhöht werden soll.

**Herr Klaus Hummel** erklärt hierzu, dass der Kostenansatz um € 1.900,00 erhöht werden soll.

**Abstimmungsergebnis: 17 Ja-Stimmen, 1 Enthaltung**

## 6. Planungskosten Kneipp-Anlage und Bootsanleger

Vorbericht des Vorsitzenden:

Antrag der SPD-Fraktion aus dem Hauptausschuss, die Planungskosten für die Kneipp-Anlage und den Bootsanleger aus dem Jahr 2017 in das Jahr 2018 zu verschieben, um noch Details zu klären.

Abstimmungsergebnis aus dem Hauptausschuss:

5 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen**

## 7. Gerät zur mobilen Knöllchenerfassung

Vorbericht des Vorsitzenden:

Antrag der SPD-Fraktion aus dem Hauptausschuss, die Mittel für das Gerät der mobilen Knöllchenerfassung zu streichen. Dies betrifft dann auch die Mittel für die jährliche Wartung der Software.

Abstimmungsergebnis aus dem Hauptausschuss:

4 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen, 1 Enthaltung

**Der Bürgermeister** bittet Herrn Michael Zelinka, zur mobilen Knöllchenerfassungsmaschine weitere Ausführungen zu machen. Die Wirtschaftlichkeitsbetrachtung liegt jedem vor.

Zu dem mobilen Erfassungsgerät erläutert **Herr Michael Zelinka** die Effekte im Innen- und Außendienstbereich, z.B. kein Aussetzen des Kulis bei niedrigen Temperaturen, kein Aufweichen des Papiers durch Regen, erhebliche Reduzierung der Bearbeitungszeit durch die Automatisierung. Das durch die Verwaltung avisierte Gerät wird auch in kleineren Gemeinden eingesetzt, wie z.B. Barby, Calbe, Jessen, Oranienbaum-Wörlitz, so dass man sich mit diesen Gemeinden bezüglich der Einarbeitung und Umsetzung in Verbindung setzen kann.

**Frau Sigrid Reinicke** hinterfragt die Zusammensetzung der jährlichen Folgekosten, die sich auf ca. € 1.500,00 belaufen.

**Herr Michael Zelinka** erläutert diese wie folgt:

monatliche Kosten für Wartung / Update:	€ 25,00
monatliche Kosten für Software Verwaltung:	€ 90,00
monatlicher Gesamtbetrag:	€ 125,00
<b>x 12 Monate:</b>	<b>€ 1.500,00.</b>

**Herr Oliver Reinke** vertritt die Auffassung, dass der Einzug der modernen Technik in die Verwaltung der Stadt Aken nicht verweigert werden sollte. Die jetzige Handhabung ist mehr als veraltet.

**Herr Michael Zelinka** ergänzt seine Informationen insoweit, dass mit dem Erfassungsgerät auch fotografiert werden kann, daher eine Beweissicherung gegeben ist und diese Daten dann in die Akte der Verwaltung übernommen werden können.

**Der Bürgermeister** plädiert nach abschließender Analyse für die Knöllchenmaschine. Diese ist wirtschaftlich, technisch auf dem neuesten Stand und bringt eine echte Zeitersparnis mit sich, so dass Effekte gesetzt sind und damit dem Ordnungsamt Unterstützung zuteil kommt.

**Herr Michael Kiel** sieht die Zeitersparnis nicht in dem angegebenen Umfang. Es müssen alle Fälle betrachtet werden und die meisten sind nach 4 Minuten erledigt, nämlich dann, wenn die Leute kommen und ihren Strafzettel bezahlen.

**Herr Klaus Hummel** bezweifelt, dass sich die Anschaffungskosten in 3 Jahren amortisiert haben. Seiner Berechnung nach ist dies erst nach 20 Jahren gegeben, so dass er keine große Kosteneinsparung sieht.

Aufgrund des vorgelegten Zahlenwerkes und der Analyse hält **der Bürgermeister** sowohl an der Ersparnis als auch an der Amortisierung des Gerätes innerhalb von 3 Jahren fest.

**Abstimmungsergebnis: 7 Ja-Stimmen, 9 Nein-Stimmen, 2 Enthaltungen**

#### 8. kw-Vermerk Hausmeister Feuerwehr

Vorbericht des Vorsitzenden:

Antrag der SPD-Fraktion aus dem Hauptausschuss, den kw-Vermerk im Punkt 8 der Erläuterungen zum Stellenplan, betreffend die Stelle des Hausmeisters Feuerwehr, zu streichen

Abstimmungsergebnis aus dem Hauptausschuss:

4 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 3 Enthaltungen

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis: 16 Ja-Stimmen, 1 Gegenstimme, 1 Enthaltung**

#### 9. Abschließbare Schülerschränke für die Nolopp-Schule

Vorbericht des Vorsitzenden:

Antrag des Herrn Marko Gregor im Hauptausschuss, die € 2.500,00 für abschließbare Schülerschränke zu streichen, da die Folgekosten nicht absehbar sind und keine Begründung für die Schränke vorliegt. Die Schulbücher können die Kinder in ihren Fächern in den jeweiligen Klassenräumen aufbewahren und Wertgegenstände sollten kleine Kinder nicht bei sich tragen.

Abstimmungsergebnis aus dem Hauptausschuss:

5 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 2 Enthaltungen

**Herr Michael Zelinka** erläutert in diesem Zusammenhang, dass er von der Schulleitung die Information erhalten hat, dass dieser Schrank im Schulleiterzimmer benötigt wird, um hochsensible Daten aufzubewahren. Er soll nicht als Aufbewahrungsort für Schulmaterialien genutzt werden.

**Herr Matthias Schmidt** erwidert, dass dies ein ganz neuer Sachverhalt ist. Es ist nicht zielführend, die neue Klassifizierung hier einzubringen. Seiner Meinung nach ist der Antrag abzulehnen und im nächsten Jahr neu einzubringen.

**Herr Michael Kiel** führt aus, dass in diesem Jahr bereits ein Schrank für das Schulleiterzimmer gekauft wurde. Insoweit kann er dies überhaupt nicht nachvollziehen.

Abstimmungsergebnis: 14 Ja-Stimmen, 2 Gegenstimmen, 2 Enthaltungen

#### 10. Sperrvermerk Baumaßnahme „Zum Burglehn“

Vorbericht des Vorsitzenden:

Antrag der SPD-Fraktion im Hauptausschuss, den Sperrvermerk zur Baumaßnahme „Zum Burglehn“ folgendermaßen zu erweitern: Die Maßnahmen werden bis zur Genehmigung der Fördermittel sowie eines abschließenden Beschlusses des Stadtrates zur Durchführung der Maßnahmen gesperrt.

Abstimmungsergebnis aus dem Hauptausschuss:  
einstimmig

**Der Bürgermeister** bezieht sich auf die heute übergebene Tagesvorlage und entschuldigt sich für deren kurzfristige Übergabe. Er führt dazu aus, dass die Verwaltung erst gestern die erneute Baukostenberechnung erhielt. Diese Baukostenberechnung weist deutlich höhere Beträge aus, als die Werte, die damals eingestellt wurden und welche auch im Haushaltsplan berücksichtigt sind, sowohl im Investitionsplan als auch fortführend in den weiteren Plänen. Es sieht so aus, dass ein Antrag gestellt werden kann, das Gebiet als Vernässungsgebiet ausweisen zu lassen. Insoweit ist es wichtig, die echten Baukosten einzustellen. Nur mit diesen ist ein Fördermittelantrag möglich, mit dem die vorhandenen Eigenmittel nachzuweisen sind.

**Herrn Matthias Schmidt** überrascht es nicht, dass diese Baumaßnahme teurer wird. Aber letztendlich geht es hier um den Sperrvermerk, dass die Durchführung der Baumaßnahme erst mit Bewilligung der Fördermittel erfolgt, egal um welche Summe es sich letztendlich handelt.

Abstimmungsergebnis: **einstimmig**

#### 11. Schankanlage Schützenhaus

Vorbericht des Stadtratsvorsitzenden:

Die Kostenstelle 57302 soll um € 25.000,00 für eine neue Schankanlage mit Sperrvermerk erhöht werden:

Die Maßnahme bleibt bis zur Klärung der Modalitäten für Ausschreibung und Vertragsgestaltung mit der Rechtsaufsicht gesperrt. Die Freigabe kann im Hauptausschuss erfolgen.

Abstimmungsergebnis aus dem Hauptausschuss:  
einstimmig

Hierzu gibt es keine Wortmeldungen.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig**

Der Vorsitzende hinterfragt, ob es zum Haushalt Anträge aus den Fraktionen bzw. von den Stadträten gibt.

**Herr Klaus Hummel** erklärt, dass die Stadt Aken in der glücklichen Lage ist, einen fast ausgeglichenen Haushalt vorzulegen, was u.a. auf die höheren Schlüsselzuweisungen und die geringere Kreisumlage zurückzuführen ist. Das Augenmerk lag vorrangig im Haushalts- und Finanzausschuss auf die verbleibenden Hochwassermaßnahmen, welche höchste Priorität haben, sowie auf den Ausbau der Himmelreichstraße und ev. auch des Burglehns. Entgegen der bisherigen Ausführungen wurden bis Ende 2016 7,5 Millionen Euro an Hochwassermaßnahmen abgearbeitet und davon in 2016 2 Millionen Euro abgerechnet. In dem Jahre 2015 wurden für 2016 41 Hochwassermaßnahmen eingestellt, von denen 29 in das Jahr 2017 übernommen wurden. Unter Beachtung dessen kam auch aus dem Haushalts- und Finanzausschuss, speziell der SPD-Fraktion, der Ansatz, dass ev. aufgrund von fehlendem Personal die Umsetzung bis 2020 nicht realisiert werden kann. Es wurde nicht an der Kompetenz des Bauamtes gezweifelt. Aufgrund der jetzt vorhandenen Stelle Projektsteuerer hofft Herr Hummel, speziell die Hochwasser- als auch die Straßenbaumaßnahmen umzusetzen. Er blickt positiv in die Zukunft und geht davon aus, dass mit den geplanten Maßnahmen sich die Stadt Aken in den nächsten Jahren stark verändert wird.

Die SPD-Fraktion wird daher dem Haushalt in der jetzigen Form und mit den heutigen Veränderungen zustimmen.

**Herr Dr. Lothar Seibt** bekundet, dass ein ordentlicher Haushalt für 2017 vorliegt, welcher vom Stadtrat beschlossen und sodann auch von der Kommunalaufsicht genehmigt werden kann. Die Vorbereitung auf den heutigen Abend hat etliche Nachsitzungen gekostet. Es gab viele Diskussionen, auch kontrovers, Streichungen und Verschiebungen in andere Jahre sowie Sperrvermerke. Er dankt der Verwaltung für die Vorlage des heutigen Haushaltsentwurfes, auch den Kollegen für die Durcharbeitung des Planes und denkt, dass die Stadträte den Haushalt mit ruhigem Gewissen passieren lassen können. Abschließend greift Herr Dr. Seibt nochmals die Personalsituation im Rahmen der Hochwassermaßnahmen auf. Vor ca. 3 Jahren wurden 2 Mitarbeiter befristet für 2 Jahre eingestellt. Diese befristeten Arbeitsverhältnisse sind verlängert worden und jetzt erhält die Stadt zusätzliche Fördermittel für einen Projektsteuerer für 1,3 Millionen Euro, was 2.210 Ingenieurtagen entspricht. Es seiner Sicht wäre es effektiver gewesen, das Land hätte der Stadt bereits 2013 die Fördermittel zur Verfügung gestellt, um bereits zu diesem Zeitpunkt zwei weitere Ingenieurstellen schaffen zu können. Damit wäre eine bessere Abarbeitung der Hochwasserschäden möglich gewesen.

**Frau Dorothea Hauptvogel** schließt sich den Ausführungen ihrer Vorgänger an. Es liegt ein guter Haushalt für das Jahr 2017 vor und sie dankt sowohl der Verwaltung als auch den Stadträten für ihre hervorragende Arbeit.

Die Fraktion der Linken möchte nichts zu dem Haushalt sagen, da bereits alles gesagt wurde.

Der Vorsitzende ergänzt, dass die Stellungnahmen aus den Ortschaften durchweg positiv waren, bis auf die Ortschaft Kühren, welche keine Stellungnahme abgegeben hat.

**Abstimmungsergebnis Beschluss-Nr. 250-24./16:**

Der Stadtrat beschloss **e i n s t i m m i g** den Haushaltsplan 2017 samt der eingebrachten Änderungen sowie die Haushaltssatzung 2017.

**TOP 6.6**

***Informationsvorlage***

**Stand der Vorbereitungen des Breitbandausbaus in Aken (Elbe)**

**Die Kämmerin, Frau Evelyn Klee**, gibt dazu nachfolgenden Sachstandbericht.

Die Ausschreibung zum Breitbandausbau wurde gestern freigeschalten und endet demzufolge am 07.02.2017. Die Verwaltung wird das Ergebnis der Ausschreibung abwarten und darauf basierend die Fördermittelanträge sowohl beim Land als auch beim Bund stellen. Das Verfahren ist so angelegt, dass es eine Nachverhandlung geben wird und die Nachverhandlung wird voraussichtlich ein wesentlich besseres Ergebnis bringen, als derzeit im Haushalt abgebildet ist. Die Zahlen, die jetzt im Haushalt eingestellt sind, sind die Werte, welche rechnerisch ermittelt wurden. Laut Aussage des Herrn Kramer führen Nachverhandlungen jedoch in der Regel zu einem besseren Ergebnis.

Der Bürgermeister ergänzt, dass morgen um 10.00 Uhr die feierliche Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung zwischen der Stadt Dessau-Roßlau und der Stadt Aken im Rathaus der Stadt Dessau-Roßlau erfolgt.

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**TOP 6.7**

***Informationsvorlage***

**Übersicht über den Stand der Haushaltssausführung per 31.10.2016**

**Die Kämmerin, Frau Evelyn Klee**, erläutert die Vorlage. Es werden keine Anfragen gestellt.

Der Stadtrat nimmt die Informationsvorlage zur Kenntnis.

**TOP 7**

**Anfragen und Anregungen der Stadträte**

**Herr Marko Gregor** weist darauf hin, dass seit geraumer Zeit vor dem Haus Nr. 56 in der Köthener Straße Müllsäcke stehen.

Der Verwaltung ist dieser Sachverhalt bekannt. Frau Papenfuß hat bereits mit dem Hauseigentümer gesprochen und ihn aufgefordert, den Müll zu beseitigen.

**Herr Oliver Reinke** ergänzt, dass das gleiche Problem gegenüber dem Wasserturm existiert.

**Herr Sigfried Merkel** bemängelt die Straßenbeleuchtung in Höhe des ALDI-Marktes.

**Frau Margrit Fietz** führt dazu aus, dass das Problem bekannt ist, aber in diesem Jahr aufgrund anderer wichtiger Maßnahmen nicht in Angriff genommen werden konnte. Die Straßenbeleuchtung in diesem Bereich steht für 2017 an oberster Stelle.

**Herr Marko Gregor** ergänzt dazu, dass in Höhe des Blockes Nr. 27 eine Lampe im Dauerbetrieb blinkt.

**Frau Nadine Herrmann** erkundigt sich, ob die Anlieger der Hochwassermaßnahme Nr. 48 (Amselwaldsiedlung) separat über die Einwohnerversammlung informiert werden.

**Frau Margrit Fietz** erklärt dazu, dass die Information an die Anwohner über die Bekanntmachung im Akener Nachrichtenblatt gegeben ist. Eine direkte Benachrichtigung in Form eines Briefes erfolgt nicht.

**Der Vorsitzende** informiert, dass Herr Matthias Schmidt einen Antrag gestellt hat, einen längeren Redebeitrag zu halten. Insoweit übergibt er das Wort an Herrn Schmidt.

**Herr Matthias Schmidt** hält nachfolgenden Redebeitrag:

*Werte Rats-Kollegen, Herr Bürgermeister,  
sehr geehrter Herr Vorsitzender,*

Helmut Schmidt sagte einmal:

*Jeder Politiker sieht auf die Dauer so aus, wie er ist.*

Entsprechend kann ich niemanden mehr etwas vormachen und Ihnen ganz gewiss nicht. Denn auch wenn das Maß für **DAUER** im Auge des Betrachters liegt, sind 25 Jahre eine Zeitspanne die die man durchaus **DAUERhaft** nennen kann.

Ich habe Mitte des Jahres die zweitgrößte Ehrung meiner Heimatstadt erhalten und dies auf einstimmigen Rats-Beschluss von meinen politischen Mitstreitern und von politischen Mitbewerbern.

Für diese offensichtliche Wertschätzung meiner Arbeit und meiner Person möchte ich hier in aller Form **DANKE** sagen.

Ich kann mich noch ganz genau an meine 1. Sitzung in der damaligen Stadtverordnetenversammlung am 8. Mai 1991 erinnern.

HEUTE ist meine letzte Ratssitzung ... und auch dieser Schlusspunkt wird mir in Erinnerung bleiben.

Die Frage nach dem **WARUM** stellt sich und leicht beantwortet.

Die Welt ist im Wandel...

Veränderungen im beruflichen und privaten Umfeld korrespondieren hier mit einer gewissen Leere, was die Ausübung meines Mandates betrifft.

Ich habe meiner Stadt 25 Jahren gedient und in diesem Rat **ALLES** erreicht, was man erreichen kann.

Mein Werdegang vom jüngsten Hinterbänkler, über den Vorsitz des SSKS, der damals noch SSKU hieß, über den an Dienstjahren ältesten Bauausschussvorsitzenden

(übrigens Dank der personellen Besetzung für mich der interessanteste und schönste Teil meiner politischen Tätigkeit)

bis hin zum Vorsitzenden der Mehrheitsfraktion war ein spannender, aber auch kräftezehrender Prozess.

Wie schafft man das? ....auch diese Frage habe ich mir des Öfteren stellen lassen müssen.

Auch hierzu gibt es ein Zitat von Helmut Schmidt

"Willen braucht man. Und Zigaretten"

**Mein** Wille hat nachgelassen und der Konsum von Nikotin sollte dies auch.

Sehr geehrte Stadträte....Ich habe viele Kolleginnen und Kollegen in **diesem** Saal, im Saal des Schützenhauses und im Saal des Hafenimbisses kommen und gehen sehen.

Es waren wilde Zeiten ... nach dem Wende.

Die Wortmeldungen damals hatten eine ganz **andere**... ...nennen wir es eine andere Ausdrucksstärke in Wort und Bild.

Olaf Reinhard, die Kollegen Maue, Fornell, Bormann, Herr Weiß, Herr Scherließ, Heinz Hoppe, Werner Geise, Richard Strauch und natürlich Hansjochen Müller brachten manchmal Argumente **anders** als heute auf den Punkt.

Thomas Jelinek, Uwe Klabunde, Ronald Doege, Christian Neugebauer und Frank Prautzsch nahmen sich argumentativ auch nichts.

Klaus Hummel, Dr. Seibt, Dorothea Hauptvogel und Dieter Heilmann können sich sicher erinnern.

Und auch ich habe oftmals verbal ausgeteilt und eingesteckt.

Was mir diesbezüglich noch am Herzen liegt:

Man soll die parlamentarische Demokratie nicht idealisieren. Winston Churchill hat mit Recht gesagt, *die Demokratie sei die schlechteste Regierungsform, aber doch besser als alle anderen, die wir schon ausprobiert haben.*

Wichtiger als solche Zitate ist mir aber die Erinnerung an Gemeinsamkeiten, .....Gemeinsamkeiten mit parteipolitischen Gegnern jenseits des Streits und nach allem Streit.

Wir haben **nie** den Respekt voreinander verloren.

In 25 Jahren wurde aus Respekt oft mehr.

Ich erinnere mich gern an die vielen langen Nachsitzungen im Weißen Schwan mit Vertretern aller Fraktionen.

Ich erinnere mich an unsere Fahrten nach Erwitte, nach Anor, mit dem Klabautermann und unvergessen im Anschluss daran unser gemeinsamer Besuch in der Diskothek Manhatten weit, weit nach der zulässigen Sperrstunde.

In solchen persönlichen Erlebnissen spiegelt sich für mich eine Grundeinsicht wider, die ich hier gewonnen habe:

Kein Parlament, keine demokratische Ordnung kann überleben ohne ein gewisses Maß an Gemeinsamkeit.

Die kann sich **inhaltlich** ausdrücken als Konsens.

Sie kann sich aber auch **formal** ausdrücken als Respekt, als Achtung.

Sie kann sich sogar als persönliche Freundschaft zwischen Angehörigen verschiedener Parteien ausdrücken.

Kommunal-politische Gegnerschaft belebt die Demokratie.

Aber ein Feindverhältnis, wie es von manchen gesucht, gesät und angestrebt wird - wer auf einschlägigen Akener Facebookseiten unterwegs ist, weiß wovon ich rede.... ,

**Wer Feindschaft anstrebt, tötet schließlich die Demokratie und endet in einer Diktatur,**

einer Diktatur des Starken – der Mehrheit, in der die Schwachen – die Minderheit unterdrückt werden.

Lassen WIR, lassen SIE dies nicht zu.

Wir alle hier sind, schon weil wir hier sind IDEALISTEN.

**Aber Idealismus darf nicht idealistische Romantik sein.**

Idealismus darf nicht umschlagen in moralische Besserwisserei,

**sondern** Idealismus muss **in sich** den Willen zum eigenen Urteil, den Willen zur Kritik und zur Selbstkritik einschließen.

Hiermit komme ich zur Überschrift dieses Tagesordnungspunktes zurück ....zu Anregungen:

So möchte ich uns aufrufen zur Besinnung auf einen politischen Pragmatismus **unter** moralischer Zielsetzung.

**Die Erreichung des moralischen Ziels verlangt pragmatisches, vernunftgemäßes politisches Handeln, ..... Schritt für Schritt**

Ich danke Ihnen sehr.

**Der Vorsitzende** bedankt sich bei Herrn Schmidt für die abschließenden Worte. Aus seiner Sicht ist es ein herber Verlust für die Stadt Aken und das kommunalpolitische Umfeld, nichts desto trotz muss er seine Entscheidung respektieren. Herr Krone bedankt sich bereits jetzt sowohl für die 25-jährige Zusammenarbeit auf kommunalpolitischer Ebene als auch im privaten Bereich, die weit länger ist. Er hofft, Herrn Schmidt zukünftig auch als Guest hier im Rathaus begrüßen zu dürfen, gern mit einer wohlwollenden oder kritischen Frage.

## **TOP 8**

### **Einwohnerfragestunde**

Es wurden keine Fragen gestellt.

## **Tagesordnungspunkt 9**

### **Schließung der Sitzung**

Da keine weiteren Wortmeldungen vorlagen, schloss der Vorsitzende des Stadtrates, Herr Krone, um 21.16 Uhr die 24. Sitzung des Stadtrates vom 08.12.2016.



Stefan Krone  
Vorsitzender des Stadtrates  
der Stadt Aken (Elbe)



Petra Bischoff  
Protokollantin

**Über Einwände zur Niederschrift wird in der Sitzung des Stadtrates entschieden.**